

**Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses**  
findet nicht am Donnerstag, den 20. Mai 1920, nachm. 2 Uhr, sondern am  
**Freitag, den 21. Mai 1920, nachm. 2 Uhr,**  
im Saale des amtschulmännlichen Dienstgebäudes statt.  
Zwickau, am 19. Mai 1920. Die Amtshauptmannschaft.

**Aue. Pferdeweisung**  
Freitag, den 21. Mai 1920, von vorm. 10-11 Uhr.  
wird bei Hofschlächter Brause verkauft. Billig sind die Karten Nr. 3501-4100. Auf Abschnitt K entfällt je 1/4 Pfund.  
Die vorstehende Zeit ist genau einzuhalten. Eine spätere Befreiung ist ausgeschlossen.  
Aue, den 20. Mai 1920. Der Rat der Stadt.

**Bekanntmachung.**  
Unter dem Pferdebestand des Landwirts Hermann Neubert, hier, ist die Rinde amtlich festgestellt worden.  
Unter dem Pferdebestand des Fuhrwerksbesizers Hermann Weigel und des Viehhändlers Arno Wähler ist sie erloschen.  
Schneeberg, den 15. Mai 1920. Der Stadtrat.

**Schwarzberg. Lebensmittelverkauf.**  
Freitag, den 21. Mai und Sonnabend, den 22. Mai.  
Schmalz: 90 Gramm für die Person gegen Lebensmittelkarte. Von dieser ist der Wochenabschnitt P 4 abzutrennen. Der Verkaufspreis beträgt 3,70 M.  
Der Schmalzpreis ist leider von der Landesstelle gegen die Vormonate bedeutend erhöht worden. Die Straßensituation ist damit begründet, daß die Landesstelle für Speiseöl gewöhnlich für den Monat Mai nicht in Frage kommt.  
Kartoffeln: 125 Gramm für die Person gegen Lebensmittelkarte. Von dieser ist der Wochenabschnitt P 1 abzutrennen. Der Verkaufspreis beträgt 58 Pf.  
Seeresseln: 1 Dose pro Haushalt.  
Seermehl: 500 Gramm für die Person gegen Lebensmittelkarte. Von dieser ist der Wochenabschnitt P 2 abzutrennen. Der Verkaufspreis beträgt für 1 Dose Seeresseln 7,44 M., für 500 Gramm Seermehl 5,20 M.  
Weis 125 Gramm

**Zur Beamtenbefolgung.**  
Es hat reichlich lange gedauert, bis man die neue Beamtenbefolgungsordnung der Volkstammer vorstellte. Solange, daß die neuen Sätze zum guten Teil bereits durch die Teuerungswährungsverhältnisse wieder überholt sind, und sich eigentlich schon eine weitere Neuordnung notwendig macht. Wie lange es noch dauern wird, bis die Vorlage aus dem Dunkel des Haushaltsausschusses, dem sie überwiesen ist, herausgetreten, Geseh wird, wissen die Götter.  
Vorläufig speist man die Beamten mit Titelchen aller Art, Schulden und Steuern ab. Verzeihung, beliebige nicht klaren, sondern Amtsbezeichnungen. Das ist nämlich ein großer Unterschied, den nur der blöde Bürger des Staates nicht merkt, in dem ja die „Titel“ abgeschafft sind. Besonders in der letzten Zeit haben sich namentlich auch bei den Reichsbeamten die Rangbezeichnungen usw. gehäuft, so daß einflüchtige Leute auf den Gedanken gekommen sind, daß dies mit den bevorstehenden Wahlen in Verbindung zu bringen sei. Wie gefagt, es sind dies einflüchtige Menschen. Schade, daß die Sozialistifizierung gewisser großer Beamtenklassen, die nicht das Glück haben, ihre Faust in bedrohlicher Nähe der Staatsgugel zu haben, oder zu patriotisch denken, um von ihrer Macht Gebrauch zu machen, oder auch gesplittelt sind, um durchzubrühen, durch so etwas nicht aufgehalten wird. Das Schulbeispiel, Universitätslehrer und Müllkutscher, ist oft genug abgehandelt worden, so daß nicht weiter darauf eingegangen zu werden braucht.  
Der Kampf der Beamtengruppen untereinander und so gut wie aller gegen den Vater Staat ist entbrannt. Gemeindebeamten, Lehrern, Oberlehrern, Justizbeamten, niemandem kann es die Rechnung recht machen, und alle fühlen sich gegenüber den anderen benachteiligt. Man denkt an den Goetheischen Zauberer: Die Weisheit, die ich erle, sie werde ich nicht los.  
Eigentümlich berührt es, wenn der Volkstammerpräsident Fräßdorf den Gemeindebeamten wegen des Tones ihrer Eingaben die Devoten liest. Ist nicht diesen recht, was anderen Staatsbürgern, die oft genug keineswegs zurückhaltend sind, billig ist? Und die Bezahlung gerade der Gemeindebeamten war doch besonders mitschuldig, abgesehen davon, daß man bei ihnen ganz und gar nicht Rücksicht auf den Wirtschaftendruck zu nehmen pflegte.

**Dresden, 19. Mai.** Präsident Fräßdorf eröffnet die Sitzung der Volkstammer kurz nach 10 Uhr mit der Mitteilung, daß die nächste Woche nach 3 oder 4 Sitzungen stattfinden müssen zur Verabschiedung des Befolgungsgesetzes. Der Präsident gibt darauf bekannt, daß zu der heute vorliegenden Befolgungsreform eine große Anzahl Eingaben der Gemeindebeamten eingegangen seien, über die besonders verhandelt werden müßte. Die Eingaben seien so, daß die Beamten ihren Interessen nicht sonderlich dienen. Im übrigen wird die Volkstammer den Interessen der Beamten jede Rücksicht angedeihen lassen.  
Minister des Innern Kühn begründet sodann die Vorlage über die Erhöhung der Gehälter der Staatsbeamten und Lehrer. Die Vorlage habe das größte Interesse der Beteiligten erweckt. Es müßte vor allem eine einheitliche Regelung der Befolgungsverhältnisse erreicht werden, eine mögliche Gleichstellung mit den Reichsbeamten. Eine Konferenz zwischen Reichs- und Bundesstaaten in den Befolgungsverhältnissen müsse von vornherein ausgeschlossen werden. Die Erhöhungen betrügen in den Gruppen 1 bis 12 etwa 400 Prozent der Vorlage, in den weiteren Gruppen etwa 200 Prozent der Vorlage. An der Vorlage haben die Beamten selbst mitgearbeitet. Die zahlreichen weitergehenden Wünsche der Beamten hätten zum Teil aus Gründen der Staatsnotwendigkeit nicht erfüllt werden können. Die Forderungen der Gemeindebeamten nach einem einheitlichen Beamtenbefolgungsgesetz erkenne die Staatsregierung grundsätzlich an. Zu der Vorlage über die Höhe der Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge bemerkt der Minister, daß sie ganz erhebliche Verbesserungen bringen. Die schnelle Verabschiedung des vorliegenden Gesetzes sei dringend erwünscht. Die Regierung sei bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gegangen. Der Mehraufwand betrage etwa 100 Millionen Mark.  
Abg. Anders (D. Sp.): Die Regelung der Beamtenverhältnisse sei nötig. Das Reich hat nun eine Befolgungsreform aufgestellt, die am 28. April von der Nationalversammlung verabschiedet wurde. Unter Berücksichtigung dessen, was im Reiches geschehen ist, habe die Staatsregierung die beiden Vorlagen zustande gebracht. Es seien sozial Petitionen eingegangen, daß es Monate dauern würde, ehe sie durchgearbeitet wären. Würde auch nur eine Verabschiedung finden, so entständen neue Verabschiedungen, da auch andere Gruppen ihre Wünsche geltend machen würden.  
Abg. Koch (Dem.): Schon 1908 hätte seine politischen Freunde auf die Ungünstigkeit der Beamtengehälter hingewiesen. Da-

durch, daß wir auf die entsprechenden Reichsgesetze warten mußten, sei die Kammer wieder in die Notwendigkeit versetzt, schnell zu arbeiten und die dringenden Entschlüsse des Gesetzes zu ergreifen. Der Haushaltsausschuss A habe bereits Stellung genommen und beschlossen, sich dem Reiches anzuschließen. Redner stimmt der Ueberweisung an den Haushaltsausschuss A zu.  
Abg. Kuffel (Unabh.): Die Unabhängigen hätten verlangt, die Anträge durchgehend zu bearbeiten und das Gesetz nicht durchzuschieben. Die Art, wie hier von den Interessenten Telegramme und Gesuche eingehen, die Drohungen enthalten und wie Revolverpolitik getrieben wird, sei es nicht, die seine Partei veranlaßt zu ihrem Vorgehen, sondern lediglich die vielen Mängel des Entwurfs.  
Abg. Wagner (Schnl.): Im Vorkommnis habe Abgeordneter Kuffel erklärt, daß seine politischen Freunde alle geschäftsordnungsmäßigen Mittel anwenden würden, um die Verabschiedung der Vorlage vor den Wahlen zu verhindern. Im März 1919 sei zum ersten Male in der Kammer die Forderung nach einer sofortigen Neuregelung gestellt worden. Nachdem nun ein Jahr darüber hingegangen, hat es wohl lange genug gedauert, um nun endlich etwas zu schaffen. Wenn von den Unabhängigen die mangeltende Deckung gegenüber der Vorlage ausgeführt wird, so sei es interessant zu fragen, wo für die hohen Beträge der Arbeitslosenunterstützung die Deckung sei. Es widerspricht zum Teil dem tatsächlichen Sachverhalt, wenn die Arbeitslosenunterstützung nach den Mietpreisen vorgenommen würde und nicht nach den ausfallenden Lebensmittelpreisen. Auf diese Weise können die kleinen Industriellen wie Zwilckau, Glauchau, Meerane usw. in niedrige Klassen. Die neue Vorlage habe auch neue Autonomie eingeführt, die nicht immer schon seien, so hat man den oberschleischen Titel Staatsanwaltschaftsverträge geschaffen. Die Schuldverhältnisse, denen man schweres Unrecht angetan habe, gehörten unbedingt in Klasse 10. Auch die Beamten, die bisher den Lehrern gleichgestellt waren, sollte man nicht zurücksetzen. Die Vorlage bringe verschiedene Vorteile, für die Justizbeamten bringe sie eine herbe Entschädigung. Den Richtern solle man schon im Interesse des demokratischen Staatsgedankens eine bessere Stellung angebeihen lassen. Staat und Beamte gehören zusammen. Doppelt gibt, wer schnell gibt.  
Abg. Dr. Koch (Dem.) gibt eine Erklärung ab, die sich gegen die Erklärung des Präsidenten Fräßdorf über den Ton der Eingaben aus Gemeindebeamten wendet. Die Gemeindebeamten seien schon von jeher fleißig und behandelt worden. Ihre Verhandlung mit der Regierung über die zweckmäßige Erlassung eines Gemeindebeamtengegesetzes sei ergebnislos verlaufen. Nur die begründete Erregung spiegelt sich deshalb in manchen der Eingaben wieder.  
Präsident Fräßdorf wiederholt die bemängelten Bemerkungen, die nur im Interesse der Gemeindebeamten waren.  
Die Vorlage wird dem Haushaltsausschuss A überwiesen.

**Merkwürdige Zuckerpolitik.**  
Berlin, 19. Mai. Deutschland hat mit der Eisenbahnwage ein Abkommen dahin getroffen, daß es dieser gegen Zucker Eisenbahnwagons liefert. Bisher kamen 7500 Tonnen in Deutschland an. An Eisenbahnwagons wurden bereits 1880 übergeben.  
Es braucht nicht auf das bedenkliche solcher Kaufgeschäfte von produktiven Werten, wie es Eisenbahnwagons sind, gegen reine Verbrauchsgüter hingewiesen zu werden. Sollte es nicht andere Mittel und Wege geben, als den Ausverkauf deutschen National-eigentums, um der Zuckernot zu steuern? Deutschland exportierte vor dem Kriege Millionen von Doppelzentnern Zucker. Richtig ist, daß viele Zuckerbau-Bezirke durch den unglücklichen Friedensvertrag abgetreten worden sind, und der Anbau infolge der miserablen Agrarpolitik nachgelassen hat. Dafür ist aber auch der Verbrauch des Zuckers in Deutschlands zwangswelke um ein vielfaches herabgesetzt worden. Das Exemplar stimmt nicht!  
Ein eigenartliches Licht auf unsere Wirtschaftspolitik wirft im Zusammenhang mit obiger Notiz folgende Preisermittlung:  
In den ersten vier Monaten dieses Jahres hat England aus Deutschland bezogen an raffiniertem Zucker für 9474 Pfund Sterling, an Rohzucker für 187 928 Pfund Sterling. Das macht nach der heutigen Valuta fast 88 Millionen Mark. Für diesen Betrag hat also Deutschland an England innerhalb vier Monaten Zucker geliefert!  
Ueber die Südgrenze Deutschlands führt man also Zucker gegen Bezahlung mit Eisenbahnwagons ein und über die Wassergrenze führt man weichen, schmelzbar gegen Bar, aus! Das erinnert doch an Schieberpraktiken. Oder wissen vielleicht die aus- und einfließenden Stellen nichts von einander? Es wird jedenfalls die höchste Zeit, daß sich Fachmänner um unsere Wirtschaftspolitik kümmern und daß auch diese einheitlich gehalten wird, ebenso wie die Steuerpolitik, von der man so viel Aufhebens macht.

**Die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands.**  
London, 19. Mai. Die Richtigkeit der französischen Angaben über die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands wird in England als fraglich bezeichnet. Offiziell behauptet man, eine Ziffer sei durchaus nicht festgelegt, was auch unmöglich wäre, weil

**Kartoffeln:** 250 Gramm für die Person im 1.-4. Lebensjahr gegen Lebensmittelkarte. Von dieser ist der Wochenabschnitt P 1 abzutrennen. Der Verkaufspreis beträgt für 125 Gramm Weis 2,50 M. und für 250 Gramm Kartoffeln 1,15 M.  
**Seeresseln:** 250 Gramm für alle Leute gegen Lebensmittelkarte. Von dieser ist der Wochenabschnitt mit dem Vermerk „In Stelle anderer Trodengemische“ abzutrennen. Der Verkaufspreis beträgt 1,15 M.  
**Kartoffeln:** 5 und 3 Pfund für die Person zur Verforgung auf die Woche vom 22. Mai bis 31. Mai 1920 gegen Kartoffelkarte. Von dieser ist der Wochenabschnitt Q abzutrennen. Der Verkaufspreis beträgt 45 Pf. für das Pfund.  
**Seeresseln:** 110 Gramm, frisches Schweinefleisch 70 Gramm für die Person über 6 Jahre (Kinder unter 6 Jahre erhalten die Hälfte) zur Verforgung auf die Zeit vom 23. Mai 1920 bis 29. Mai 1920 gegen Fleischkarte. Von dieser sind sämtliche für diese Woche gültigen Abschnitte abzutrennen. Der Verkaufspreis wird nochmals bekanntgegeben.  
Schwarzberg, den 19. Mai 1920. Der Rat der Stadt.

**Schwarzberg. Kartoffeln.**  
Freitag, den 21. Mai und Sonnabend, den 22. Mai 1920, werden 25 Pfund für die Person zur Verforgung der 2. Hälfte des Abschnitts C der Bundeskartoffelkarte nach untenstehender Verkaufseinteilung verkauft. Der Verkaufspreis beträgt 45.- Mk. für den Zentner. Die Bezahlung für die Einmohner des 1. und 3. Bezirks erfolgt in unserem Ernährungsamt und für die Einmohner des 4., 5., 6. und 8. Bezirks in der Verwaltungshalle Sachfeld.  
Schwarzberg, den 19. Mai 1920. Der Rat der Stadt.

**Verkaufseinteilung.**  
Freitag, den 21. Mai, 8-12 Uhr vorm. und 2-5 Uhr nachmittags,  
Sonnabend den 22. Mai vorm. 8-12 Uhr.  
Für den 1. und 3. Bezirk im Rathaus - Schneebergerstraße -  
Für den 4., 5., 6. und 8. Bezirk im Rittergut Sachfeld.

**Lauter. Öffentliche Impfung.**  
Die öffentliche unentgeltliche Impfung wird in diesem Jahre in der Schullaraballe  
Donnerstag, den 27. Mai 1920, nachmittags 3 Uhr  
vorgenommen.  
Alle geimpften Kinder sind eine Woche nach der Impfung dem Arzte im Impfraume zur Nachschau vorzustellen. Impfpflichtig sind alle hier wohnhaften Kinder, die  
1. im Jahre 1919 geboren sind,  
2. im Jahre 1919 oder früher wegen Krankheit oder aus sonstigen Gründen von der Impfung zurückgehalten oder ohne Erfolg geimpft worden sind.  
Die Eltern, Pfleger oder Vormünder der Impfpflichtigen werden hiermit aufgefordert, ihre Kinder oder Pflegekinder zur genannten Zeit zur Impfung und Nachschau vorzustellen oder die Befreiung von der Impfpflicht durch ärztliches Zeugnis nachzuweisen.  
Aus Gründen, in denen ansteckende Krankheiten, als Scharlach, Masern, Diphtherie, Krupp, Keuchhusten, Röteln, eitrige Entzündungen oder die natürlichen Pocken herrschen, dürfen keine Kinder zur öffentlichen Impfung gebracht werden.  
Die Eltern des Impflings oder deren Vertreter haben dem Impfarzte vor der Impfung über frühere oder noch bestehende Krankheiten des Kindes Mitteilung zu machen. Die Kinder müssen zur Impfung mit reinem Körper und mit reiner Wäsche gebracht werden.  
Lauter, am 14. Mai 1920. Der Gemeindevorstand.

die Feststellung nicht durch die beiden Premierminister Millerand und Lloyd George, sondern nur durch die ganze Friedenskonferenz erfolgen könne. Auch die Angaben der Sachverständigen hätten vorherhand nur provisorischen Charakter. Die Engländer schätzten die deutsche Leistungsfähigkeit auf 80 bis 100 Milliarden, die Franzosen auf 200 bis 250 Milliarden.

**Wie die Spa-Konferenz verflohen?**  
Berlin, 19. Mai. Die Mitteilung der „Deutschen Allg. Ztg.“, daß die Entente die Verschiebung der Konferenz von Spa der deutschen Regierung in einer Note mitgeteilt habe, trifft nicht zu. Die deutsche Regierung hat amtlich von der Hinausschiebung der Konferenz noch keinerlei Kenntnis erhalten.

**Neue Wehlanfälle im Auslande.**  
Berlin, 19. Mai. Das Reich hat in den letzten Tagen neue Wehlanfälle im Auslande abgeschlossen. Diese Maßnahmen haben nicht die Deckung der Getreidevorräte bis zur neuen Ernte erzielen können.

**Gehier an die Reichswehr.**  
Berlin, 19. Mai. Reichswehrminister Gehier hat nach Abschluß der militärischen Verhandlungen im Ruhrgebiet an die Reichswehr einen Erlaß gerichtet, in dem es unter anderem heißt: Die militärischen Unternehmungen im westlichen Industriegebiet sind beendet. Mit der Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände ist, soweit die von der Reichswehr eingeleitete Sicherungsaktion unvollendet blieb, die Sicherheitspolizei beauftragt. Der einmütige Dank der befreiten Bevölkerung des bedrückten Gebietes zeigt, daß die Reichswehr den hohen Anforderungen gewachsen war. Ich spreche allen an den Unternehmungen beteiligten Verbänden den wohlverdienten Dank für ihre Pflichttreue aus.

**Die Verabschiedung der deutschen Seereschiffe.**  
Berlin, 19. Mai. In Gemäßheit der Forderungen des Friedensvertrages kommen am 15. Juni weitere 12 000 Mann Reichswehr zur Entlassung.

**Berlin, 19. Mai.** Seit dem 15. Mai haben wir ein Heer in der Stärke von 200 000 Mann. Für dieses sind nach dem Friedensvertrag - ebenso wie für das 100 000-Mann-Heer - nur noch zwei Wehrgroupenkommandos vorgesehen, nämlich Nr. 1 in Berlin für Ostdeutschland, Nr. 2 in Kassel für West- und Süddeutschland. Daher ist seit dem 15. 5. das Wehrgroupenkommando 4 in das Wehrgroupenkommando 7 umgewandelt. Von unsen drei Kavalleriedivisionen liegt die 3. Kavalleriedivision in West- und Süddeutschland. Zu ihr stellt Bayern anteilmäßig ein Regiment. Personalveränderungen im Stabe des Wehrgroupenkommandos 7 sind, soweit sie nicht durch die Verringerung des Heeres auf 200 000 bzw. 100 000 Mann bedingt sind, nicht beschleunigt. Abschaffung des bayerischen Landeskommandanten beschleunigt. Die Brigade Döberitz ist auf dem Truppenübungsplatz Döberitz aus Abgaben aller Wehrgroupen zusammengezogen, um jederzeit als Reserve zur Verfügung des Reichspräsidenten zu stehen.

**Keine deutschen Arbeiter für den Wiederaufbau.**  
Rotterdam, 19. Mai. Die „Times“ meldet aus Paris, daß die französische Regierung nach dem Vortrage der Kommission für den Wiederaufbau auf die Bereitstellung deutscher Arbeiter für den Wiederaufbau verzichtet hat und zwar aus Grund der sehr ungünstigen Berichte über die Arbeitsleistungen in Deutschland.

**Die Handlungsgehilfen gegen den Sozialismus.**  
Hamburg, 19. Mai. Der 10. Verbandstag der Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbände nahm eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: Der Verbandstag fordert die deutschnationalen Handlungsgehilfen auf, durch rege Mitarbeit in den politischen Parteien als Mitglieder, Amtsinhaber, Wahlkandidaten oder Abgeordnete für die Anerkennung der Grundzüge des Verbandes zu wirken. Der Verbandstag begrüßt unter diesen Voraussetzungen die Kandidatur und Abgeordnetentätigkeit von Führern des Verbandes und seiner Gliederungen. Die Entschließung wendet sich sodann gegen die sozialdemokratischen Parteien wegen ihrer grundsätzlichen Gegnerchaft gegenüber den lebenswichtigen Forderungen des Handlungsgehilfenverbandes.

**Die Beschäftigung der französischen Kriegsgerichte.**  
Paris, 19. Mai. Die Pariser Zeitung „Populaire“ meldet, daß die Revisionsräte der Kriegsgerichte in Frankreich seit Einstellung der Feindseligkeiten schon 2700 Urteile beantragt haben, darunter welche zu Unrecht abgeurteilte Soldaten erschossen worden sind.

Diese amtliche französische Feststellung von der Beschäftigung und Fahrlässigkeit der eigenen französischen Kriegsgerichte gegenüber den eigenen Landsleuten, von denen 2700 Mann unschuldig hingerichtet wurden, läßt weitgehende Schlüsse zu auf die Richtigkeit, mit der offenbar auch das Material gegen die deutschen Kriegsverbrecher von den französischen Militärgerichtskommissionen gesammelt worden ist.